

Leitartikel



von
Reinhard
Göweil

Bawag-Swap 4175

„Österreichische Gemeinden oder Gemeindeverbände sind keine professionelle Kunden und daher als Privatkunden einzustufen und zu behandeln.“ So steht es im Informationsblatt der Wirtschaftskammer Österreich, Fachverband Finanzdienstleister. Besonders offensiv war die Bawag bei ihren Informationen an die Stadt Linz über die drohenden Franken-Verluste nicht, wie das laufende Gerichtsverfahren bisher zeigte. Franz Dobusch kostet das Geschäft trotzdem den Job als Linzer Bürgermeister.

Die Bawag will 417 Millionen Euro plus Zinsen von der Stadt Linz – das Währungsrisiko hat zugeschlagen. Der Betrag ist üppig, um nicht zu sagen unverschämt. Denn die mittlerweile von zwei US-Hedge-Fonds geführte Bank hat die Franken-Geschäfte ihrerseits neu strukturiert und an andere Banken weiterverkauft. Allerdings mit weit geringerem Risiko.

Natürlich ist es fahrlässig von öffentlichen Körperschaften, solche Geschäfte abzuschließen. Man wollte Zinslast UND Risiko reduzieren, sagte Dobusch. Allein der Satz zeigt schon eine haarsträubende Unkenntnis der Finanzmärkte. In den Jahren bis 2007 glaubte allerdings die gesamte Finanzbranche, das Perpetuum mobile erfunden zu haben. Anything goes, lautete der Wahlspruch. Es ging nicht.

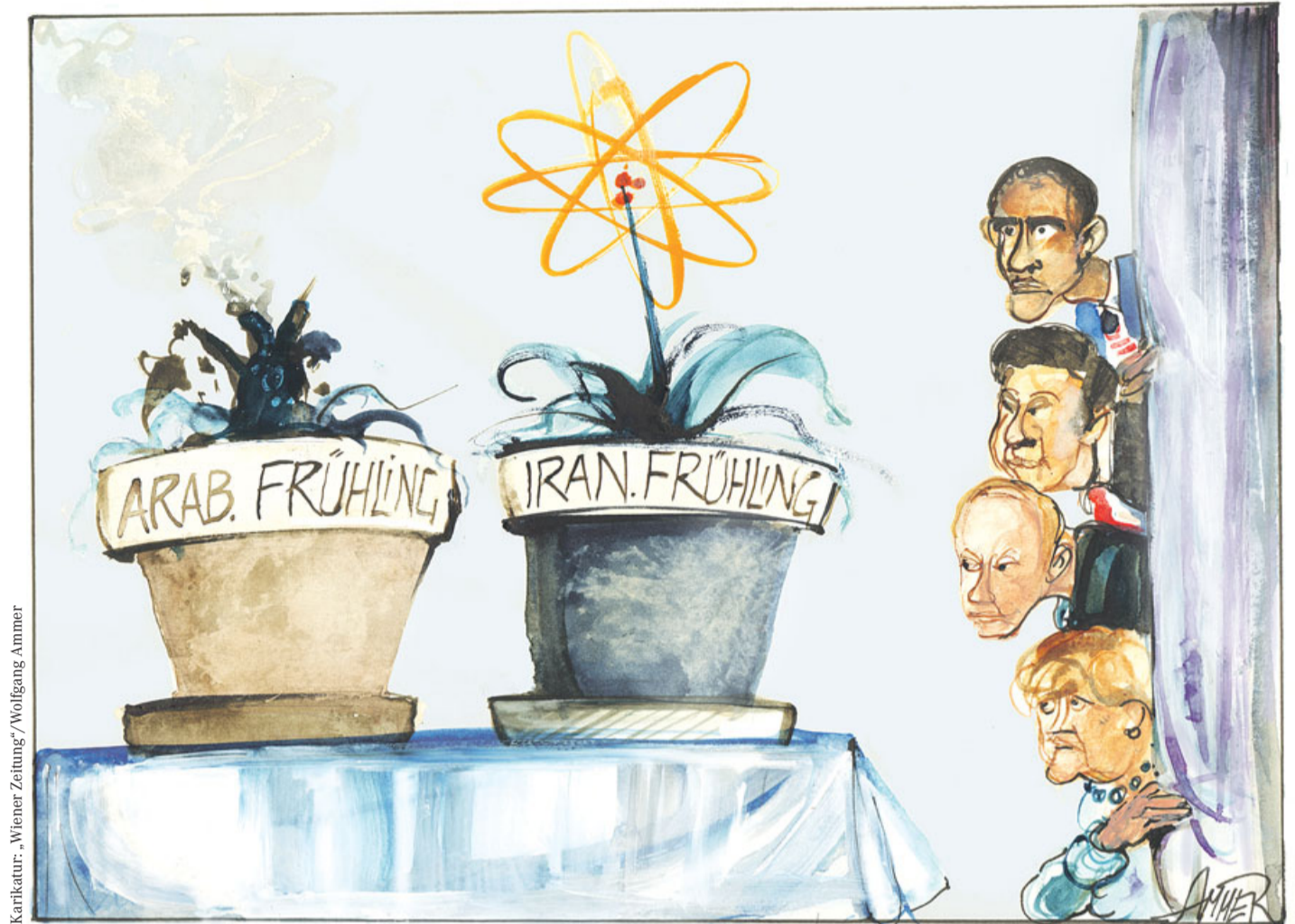
Das sollte auch die Bawag zur Kenntnis nehmen, im Institut stecken 500 Millionen Euro Steuer-geld aus dem Bankenrettungspaket. Und es war die Bawag, die nach dem Einstieg des zweiten Hedge Fonds („Golden Tree“) die Mediation mit der Stadt Linz abbrach – und so einen Vergleich vorerst unmöglich machte. Die Republik kann aber kein Interesse am horrenden Prozessrisiko der Bawag haben.

Das Verlust-Potenzial des bis 2017 laufenden Swap-Geschäftes dürfte sich – realistisch betrachtet – bei etwa 200 Millionen Euro bewegen. Die „Zocker“ in der Bawag werden vermutlich noch Ideen haben, wie man diesen Verlust in den kommenden Jahren reduzieren könnte.

Die Stadt Linz wird mit etwa 100 Millionen Euro an einem Vergleich zu beteiligen sein – das ist schmerzhaft, aber zu verkraften. Auch die Bundesfinanzierungsagentur hatte sich 2008 „vergeigt“, davon spricht heute niemand mehr. Und die Bawag sollte sich auf das konzentrieren, was sie am besten kann: das Geschäft mit Kleinkunden. Es bringt geringe Renditen, die aber sicher und ohne Gerichtsprozesse.

leitartikel@wienerzeitung.at

Botanik



Karikatur: „Wiener Zeitung“, Wolfgang Ammer

Zitate zum Tag

„Wir erreichen nichts durch Drohungen.“

Saudi-Arabiens Außenminister Prinz Saud al-Faisal warnt den Westen vor Druck auf die vom Militär gestützte Regierung in Ägypten

„Ich wünsche mir so sehr, dass er kommt. Ich habe schon alles Mögliche getan.“

Rio de Janeiros Bürgermeister Eduardo Paes will Woody Allen in die Stadt locken

„Ich habe mit seiner Schwester gesprochen. Ich habe ihm über (den spanischen Stararchitekten Santiago) Calatrava, der in New York sein Nachbar ist, eine Botschaft geschickt.“

Derselbe

„Das Parlament hat der Polizei die ganze Macht übertragen. Die Ordnungskräfte haben das Sagen, und das Volk darf nicht mehr bestimmen, wie und von wem es regiert wird.“

Ladislaus Rwakafuuzi, Menschenrechtsanwalt in Uganda, wo man neuerdings jede öffentliche Versammlung von mehr als drei Personen von der Polizei genehmigen lassen muss

„Die ugandische Regierung muss aufhören, Meinungsfreiheit und friedliche Demonstrationen zu verbieten, denn beides ist nicht nur in der Verfassung des Landes verankert, sondern auch in der internationalen Gesetzgebung.“

Sarah Jackson, Afrika-Direktorin von Amnesty International

„Eine Marke, die einen hohen Bekanntheitsgrad und ein positives Image aufweist, hat beste Chancen, wiederaufzuerstehen.“

Marketingprofessor Karsten Kilian von der Hochschule Würzburg-Schweinfurt zum Geschäft mit Retro-Artikeln

„Bei verblassten Marken ist entscheidend, ob es sich um eine Marke mit Altlasten handelt oder um ein Juwel, das nur etwas verstaubt ist.“

Derselbe

„Die Marke ist einfach fertig. Sie hat keine relevanten Charakteristika, keine sexy Story.“

Derselbe zum Duft der Marke 4711

Gastkommentar von Ingrid Thurner

Höchste Zeit, den Iran an den Verhandlungstisch zu bitten

Sollte der neue iranische Präsident Hassan Rohani tatsächlich ein Mann der Versöhnung sein, dann sollten auch die USA und die EU die Hand ausstrecken.

Zwar ist klar, dass der Wechsel an der Spitze in Teheran nicht die dramatische Wende bedeutet, die viele im In- und Ausland erhofften. Er wirft dennoch einige Fragen auf. Wird die neue Regierung im Atomstreit einlenken oder auch in Hinkunft behaupten, das Nuklearprogramm bloß für zivile Zwecke zu betreiben? Wird der Iran weiterhin den Bürgerkrieg in Syrien durch Waffen und Truppen (Hisbollah) befeuern? Wird sich das Verhältnis zwischen Iran und Saudi-Arabien verändern, die einander spinnefeind sind, weil beide Länder nach Vorherrschaft im nahöstlichen Großraum streben?

Der neue Präsident Hassan Rohani, zugleich Regierungschef, wirkt sympathisch und herzlich, er trägt stets ein Lächeln auf den Lippen. Das sollte nicht darüber hinweg-

täuschen, dass der starke Mann nach wie vor ein anderer ist, nämlich der höchste Rechtsgelehrte und Theologe Ayatollah Ali Khamenei. Und dieser scheint beschlossen zu haben, die Zügel etwas lockerer zu führen. Die schlechte Wirtschaftslage und der schwindende Rückhalt in der Bevölkerung mögen ihn dazu gebracht haben.

Rohani ist Teil des iranischen Systems, aber er gilt als Mann des Ausgleichs. Er ist keiner, der polarisiert wie sein Amtsvorgänger Ahmadinejad. Im Wahlkampf versprach er auch die Bewältigung der Wirtschaftskrise. Dies wird nur möglich sein, wenn die Ölexporte boomen und der multilaterale Handel floriert. Daher wird nun im In- und Ausland erwartet, dass er im Atomstreit einlenkt, um die Sanktionen zu lockern oder zu



Ingrid Thurner ist Ethnologin, Lehrbeauftragte am Institut für Kultur- und Sozialanthropologie der Universität Wien und Mitglied der Initiative Teilnehmende Medienbeobachtung (www.univie.ac.at/tmb).

Alle Beiträge dieser Rubrik unter: www.wienerzeitung.at/gastkommentare

beseitigen und die Versorgungslage zu verbessern.

Bei seiner Antrittsrede sagte Rohani, dass der Iran militärische Invasionen und Bruderkriege ablehne und dass sein Land in Hinkunft ein Garant für Stabilität in der Region sein werde. Sollte er tatsächlich der Mann der Versöhnung sein, als der er sich gerne präsentiert, dann sollten auch die USA und die EU einmal einen Schritt nach vorne tun und die Hand ausstrecken.

Denn der Bürgerkrieg in Syrien geht uns alle an. Und der Iran ist nun einmal neben Saudi-Arabien und Russland der wichtigste Player in der nahöstlichen Tragödie, die schon so viele Menschenleben gekostet hat, von den Flüchtlingschicksalen nicht zu reden. Dieser Krieg ist mehr als ein syrischer

Bürgerkrieg. Er ist auch ein Stellvertreterkrieg, ein Ringen um die Vormacht in Vorderasien. Er ist bloß deswegen noch nicht entschieden – und er hätte vielleicht gar nicht angefangen –, wenn nicht alle mitreden und Stellung beziehen und Waffen liefern würden. Und er wird auch nicht zu beenden sein, ohne dass alle Akteure eingebunden werden.

Die westlichen Länder könnten also, anstatt in aller Welt immer bloß Demokratie einzufordern, sich auf jene Prozesse besinnen, die Demokratie erst möglich machen, nämlich: Entgegenkommen, Verhandeln und Kompromisse finden. Dies gilt für den Krieg in Syrien ebenso wie für den Atomstreit. Es wäre höchst an der Zeit, den Iran an den Verhandlungstisch zu bitten.